

Die deutschen Friedensziele.

An dem Festabend zum Empfang der deutschen Botsleute hat der deutsche Votschafter Graf Welldorf gleichsam im Namen der deutschen Diplomatie versichert, es sei nicht mehr wahr, daß die Diplomaten das Wort besäßen, beherrschten und gebrauchten, um ihre Gedanken zu verbergen. Vielleicht war es wahr, meint er, aber es ist sicher nicht mehr wahr. Von diesem Streben nach Klarheit und Aufrichtigkeit, nach Vermeiden der vieldeutigen Formeln, sind nun erfreuliche Proben zu merken in den letzten öffentlichen Kundgebungen der deutschen Führer und Staatsmänner. Die Rede des deutschen Kaisers in Essen war ein Bekenntnis zum vollen Verantwortlichkeitsgefühl und zum innigsten Friedenswillen, die Ausführungen des Vizekanzlers v. Bohner in seiner Vaterstadt Stuttgart klingen wie eine Ergänzung, fast möchte man auch sagen wie eine Demokratisierung der Kaiserworte. Der Vizekanzler sprach von den Erfordernissen und den Zielen der inneren wie der äußeren Politik und hat auf beiden Gebieten ein Programm entwickelt, das von einer erfreulichen Unzweideutigkeit und Offenherzigkeit ist. Der Plan der inneren Politik ist geradlinig und einfach: Gerechte Forderungen müssen rechtzeitig erfüllt werden. Eine solche gerechte Forderung bildet das gleiche Wahlrecht in Preußen. Verweigert es die Kommission des Herrenhauses, dann wird die Regierung auflösen. So scharf und rückhaltlos ist das noch nicht gesagt worden. Nun wissen Freund und Feind, innen und außen, woran sie sind und auf welcher Seite die deutsche Regierung steht.

Nach außen verkündet der Vizekanzler im großen und ganzen den Grundsatz der Aufrechterhaltung des Bestandes vor dem Kriege. Die Wahrung dieses Prinzips schließt aber einber-

ständliche Abweichungen, wie einen etwaigen Austausch einzelner Kolonialgebiete, nicht aus. Von resoluter Unzweideutigkeit ist die Erklärung über Belgien. Deutschland bleibt auf dem Standpunkt, daß dieser Staat nicht willkürlich durch einen deutschen Einmarsch, sondern durch die Schuld seiner Regierung, die sich in die Eingreifungspolitik Englands einspinnen ließ, in diesen Krieg hineingerissen wurde, wie denn überhaupt das deutsche Volk sich den Tatbestand nicht verdunkeln läßt, daß es der angegriffene und bedrohte Teil ist, der ohne jeden Eroberungsgedanken in diesen Krieg gegangen ist. Dessenungeachtet ist Deutschland bereit, auf jede Entschädigung zu verzichten, weil die Durchsetzung dieses Rechtes Opfer kosten müßte, die keine Entschädigung mehr ausgleichen könnte. Deutschland gibt Belgien vorbehaltlos, ohne jede politische oder handelspolitische Belastung, die volle staatliche Selbstbestimmung zurück und räumt dieses Land sogleich nach Friedensschluß unter der einzigen Bedingung, daß dort keinem anderen kriegführenden Staate eine Besserstellung eingeräumt werde. Belgien wird also ohne Belastung und ohne Vorbehalt zurückgegeben. Daran ist fernerhin nichts mehr zu deuteln und abzuleugnen. Selbstverständlich erwartet Deutschland auch die vorbehaltlose Rückgabe der Kolonien, wobei es sich zu einseitigem Austausch einzelner Gebiete bereit erklärt. Was den Osten betrifft, so steht die deutsche Regierung nach den Worten Labers auf dem Standpunkt, daß der Zerfall des russischen Reiches durch die Niederlage, die der heutigetägige Zarismus bei einem Eroberungskrieg erlitten hat, nur beschleunigt und besiegelt, aber durchaus nicht allein verschuldet wurde. Der russische Auflösungsprozeß sei auf langher wirkende historisch-politische Ursachen zurückzuführen, und man könne von Deutschland nicht verlangen, daß es den zerfallenen Roloß, der ihm eine stete Bedrohung bedeutete, um jeden Preis wieder zusammenflicke, gegen sein ureigenstes politisches Interesse. Es habe diesen Zerfall einfach zur Kenntnis genommen und sich nach den Geboten der Selbsterhaltung auf ihn eingerichtet. Für Deutschland bleibt Friede im Osten, ob es den Westmächten gefällt oder nicht.

In dem künftigen Friedensschluß, der ein reiner Verständigungsfriede ohne Eroberungen und Entschädigungen werden müsse, bleibe aber Raum genug für Bestimmungen, die die ungeheuren Opfer dieses Krieges für keinen Teil

vergeblich erscheinen lassen. Denn niemand könne erwarten, daß dieser Krieg durch einen Frieden enden könnte, der nicht Sicherungen gegen künftige Weltkatastrophen solcher Art bieten würde. Deutschland erkläre sich bereit, in einen Völkerbund einzutreten, in dem es ein gleichberechtigtes Mitglied werden könne, es schließe sich dem Gedanken der Abrüstung nicht nur zu Land, sondern auch zur See an. Der Schiedsgerichtsgedanke sei ihm seit langem vertraut, und es verjage seine Kraft und seinen guten Willen keinem der Völkerideale, für die seine Gegner angeblich kämpfen.

Das ist das Bild des künftigen Friedensschlusses, das der deutsche Vizekanzler entwirft, das Programm eines Friedens, von dem er sagt, daß ihn nicht mehr, wie früher einmal, die Herrscher und Regierungen allein, sondern nunmehr auch die Völker schließen werden. Wenn die Völker jenseits der Hindenburg-Linie erfahren, was ihnen ein Sprecher für die Regierung des Deutschen Reiches hier über die Kriegs- und Friedensziele Deutschlands offen und klar zu sagen hatte, werden sie sich darüber entscheiden können, ob die schroffe Ablehnung eines solchen Friedensprogrammes seitens ihrer Führer mit jenen Grundsätzen von Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Uneigennützigkeit vereinbar ist, für die der Krieg angeblich fortgeführt werden muß. Die Zeit ist da, in der die Völker das Wort haben.